

Auszug aus FORVM bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/mao-in-italien.html>)

erstellt am: 1. März 2024

Datum dieses Beitrags: Januar 1970

Mao in Italien

Prinzipielles zur Streikbewegung

■ ANDRÉ GORZ

Der Erfolg eines Streiks läßt sich nicht an den unmittelbaren Vorteilen messen, die er bringt, sondern an der *Macht*, die die gemeinsame Aktion den kämpfenden Arbeitern gibt: Macht über die Organisation der Arbeit, über die qualitative und quantitative Bewertung der Funktionen im Arbeitsprozeß, über die Arbeitsbedingungen; Macht, die Logik der kapitalistischen Unternehmensführung zu bremsen und in Frage zu stellen.

Jede Macht der Arbeiterschaft bleibt ambivalent, solange die Macht des Kapitals aufrecht bleibt:

Wenn die Macht der Arbeiterschaft die Grenzen *überschreitet*, die die kapitalistische Unternehmensführung für die Bedingung eines normalen Betriebs hält, provoziert sie eine Kraftprobe, die auf lokaler Ebene von der Arbeiterschaft nicht gewonnen werden kann.

Wenn andererseits die Arbeiterschaft *nicht* über das Maß dessen hinausgeht, was der Kapitalismus für erträglich hält, dann drohen ihr die Gefahren der Institutionalisierung: die kapitalistischen Unternehmer akzeptieren die Macht der Arbeiterschaft, schränken jedoch deren Ausmaß durch Verträge ein; es kommt zu einem vertraglich fixierten Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital, wodurch das kapitalistische System konsolidiert wird, und zwar desto besser, je mehr die Organisation der Arbeiterschaft institutionellen Charakter annimmt.

Deswegen läßt sich der Erfolg eines Streiks nicht nur am *Ausmaß* der Macht ermessen, das die Arbeiterschaft den

Unternehmern abringt, sondern auch an der Art dieser Macht: ob sie institutionalisiert ist oder nicht, vertraglich fixiert oder nicht, ferner auch an den *Aktionen*, durch welche der Erfolg zustande kam. Wenn ein Streik von Anfang bis Ende von den institutionellen Repräsentanten der Arbeiterklasse gelenkt wird; wenn am Ende eines Streiks derselbe Typ Organisation vorhanden ist, der zu Beginn des Streiks bestand (eine äußere, hierarchisch aufgebaute Organisation, die sich auf permanente Machtdelegation gründet), dann wird dieser Streik, unabhängig von den Resultaten, bloße Episode bleiben. Das Verhältnis von Ausbeutern und Ausgebeuteten bleibt ein vertraglich geregeltes, „legales“ Verhältnis, der Kampf blieb innerhalb der institutionellen Grenzen des Systems.

Wenn der Kampf dagegen den institutionellen Apparat der Gewerkschaft überholt, beiseite schiebt oder zumindest in Frage stellt, wenn an die Stelle des Apparates die Eigeninitiative und Selbstorganisation von Arbeiterversammlungen und Arbeiterkomitees tritt, dann hat dieser Streik, unabhängig vom Resultat und von den gestellten Forderungen, *revolutionäre* Kraft und Form: er bringt den Arbeitern die Erfahrung kollektiver Souveränität, erworben durch die gemeinsame Aktion gegen die einander ergänzenden Repressionsmächte der Unternehmer und der Gewerkschaft.

Die Häufung der spontanen Kämpfe, die in Italien seit 1967 außerhalb der bürokratischen Gewerkschaftsapparate und *gegen* diese Apparate geführt wurden, hat die italienischen Gewerkschaften veranlaßt, ihre Organisation von Grund auf umzubauen. Die Gewerkschaften wollen nun (zumindest in ihren Erklärungen) die Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Arbeiter an der *Basis*. Die Arbeiter sollen *selbst* Formen und Ziele ihres Kampfes wählen. Durch eine „*Kulturrevolution*“ soll der bürokratische Rahmen liquidiert werden, der in einer Zeit der gewerkschaftlichen Ebbe geschaffen und in der Zeit des Kampfes zu einer Bremse geworden war.

Diese gewerkschaftliche Demokratisierung ist so vieldeutig, daß sich reformistische Gewerkschaftsführer (die große Mehrheit) und eine Minderheit revolutionärer Gewerkschafter, Anhänger einer „*Kulturrevolution*“, darauf einigen konnten.

Es geht um eine Gewerkschaftsbewegung neuen Typs, nicht mehr um große Schlachten auf nationaler Ebene für allgemeine wirtschaftliche Forderungen, gefolgt von langen Waffenstillständen, sondern um direkte und permanente Einflußnahme der Arbeiter in jedem einzelnen Betrieb. Auf diese Weise muß die Gewerkschaft von der Ebene des „allgemeinen“ Klassenkampfes — der abstrakt, wenig wirksam und diskontinuierlich ist — heruntersteigen auf die Ebene der täglichen Realität im Betrieb. Sie muß die vielförmigen Initiativen der Basis aufnehmen und kanalisieren. Sie muß zur *permanenten Aktion der Arbeiter* werden; Arbeitsbedingungen, Organisation der Arbeit und Arbeitsteilung müssen der kollektiven Kontrolle der Arbeiter unterworfen werden. In Form und Inhalt dieser Kämpfe geht es um gewerkschaftliche Aktion zwecks

Arbeiterselbstverwaltung, um Zerstörung des Mythos, daß die technologische Realität eine „objektive“, unantastbare, unveränderliche, politisch und ideologisch „neutrale“ Gegebenheit sei: nicht die Maschinen und die Technik zerstören den Arbeiter, sondern deren kapitalistischer Gebrauch.

Auf dieses allgemeine Schema konnten sich Reformer *und* Revolutionäre in der Gewerkschaft einigen.

Die *Reformer* wollen durch diesen Umbau der Gewerkschaft „von unten her“ eine breite Basis wiedergewinnen, nämlich alle jene Arbeiter, deren Kampfgeist sich derzeit der gewerkschaftlichen Kontrolle entzieht, den repräsentativen Charakter der Gewerkschaft unterminiert und folglich zur Quelle organisatorischer Schwäche wird. Die „Kulturrevolution“, die den Typ der Organisation und das Verhältnis von Organisation und Massen verändert, soll der Gewerkschaft wiederum ermöglichen, in die Betriebe einzudringen, den Kampfgeist und die Initiativen der Basis in sich aufzunehmen, kurz: die *Kontrolle* über die Arbeiter wiederzugewinnen.

Diese Verstärkung der Gewerkschaft wird für unerlässlich angesehen, um den Eventualitäten einer Regiesung der erweiterten linken Mitte (unter Teilnahme der Kommunisten) oder einer Regierung der Volksfront gewachsen zu sein. Dann muß nämlich die Autonomie der Basis der Gewerkschaftsorganisation genügend groß sein, damit der Druck der Arbeiterschaft auch unter einer solchen Regierung wirksam werden kann, ohne daß man dem zentralen Gewerkschaftsapparat oder der KPI vorwerfen kann, sie hätten diesen Druck der Massen ferngesteuert.

Der Umbau der Gewerkschaften muß andererseits auch ermöglichen, den Druck der Basis zu kontrollieren und zu kanalisieren; nur eine Gewerkschaftsbewegung, die in den Betrieben fest verankert ist und direkten Einfluß auf die Motivationen einer sehr differenzierten Arbeiterklasse hat, kann deren Initiativen bremsen oder in einen größeren Rahmen stellen.

Die *revolutionäre Minderheit* der Gewerkschafter hat eine völlig andere Perspektive. Die „Kulturrevolution“ muß die bürokratisierte Organisation hin-

wegfegen, nicht um die Gewerkschaft zu reformieren, sondern um *etwas anderes* an deren Stelle zu setzen: eine revolutionäre Avantgarde der Massen, die imstande ist, die Kontrolle der Betriebe zu übernehmen und dort Zentren der Arbeitermacht zu errichten. So soll die Grundlage geschaffen werden für ein System der „Doppelherrschaft“ während der Übergangsphase zum Sozialismus, aber auch schon die Grundlage für ein System sozialistischer Demokratie, das heißt für die Macht der Räte.

In dieser Perspektive muß die Grenze zwischen gewerkschaftlichem und *politischem* Kampf selbstverständlich fallen; die „Kulturrevolution“ der Gewerkschaftsbewegung, die die Initiative den Arbeiterversammlungen und den Betriebskomitees überläßt, muß aufzeigen, wie *brüchig* diese Grenze ist.

Und genau dies hat sie tatsächlich gezeigt.

Avantgarde von unten

Die Kampfformen und Kampfziele an der Basis waren meist sehr radikal, aber auch sehr heterogen; in den großen Betrieben waren es immer dieselben Abteilungen, die zum Kampf aufriefen und dabei Forderungen stellten, die sich nur schwer auf die anderen Abteilungen ausdehnen ließen. Um zu vermeiden, daß sich die Avantgarde in den Betrieben isoliert, im Partikularismus von Abteilungen oder Betrieben steckenbleibt, wird eine Generalisierung des Kampfes unerlässlich. Diese Generalisierung läßt sich jedoch nicht durch einen Katalog disparater gewerkschaftlicher Forderungen erzielen, sondern nur durch einen „qualitativen Sprung“, das heißt durch den Übergang von der betrieblichen Ebene zum *politischen* Klassenkampf mit einheitlicher strategischer Perspektive. Wenn eine solche Perspektive fehlt, zerfällt die Bewegung.

Wenn die Arbeiterversammlungen und Arbeiterkomitees über den alten verknöcherten Gewerkschaftsapparat hinausgehen, lehnen sie die legale Vorgangsweise der Gewerkschaftsbewegung ab und präsentieren Forderungen, die für den Unternehmer, selbst als Verhandlungsbasis, *unannehmbar* sind. Aber jeder Streik, der kein Generalstreik ist oder der Beginn eines Aufstan-

des, muß notwendigerweise mit einem ausgehandelten *Kompromiß* enden. Die lokalen oder regionalen Gewerkschaftsführer müssen also versuchen, die Forderungen der Basis in Kompromisse umzusetzen. Damit stößt die Gewerkschaft die aktivsten Kämpfer der Basiskomitees ab und wird von ihnen als „gelbe Gewerkschaft“ denunziert.

Die radikale Bewegung an der Basis verurteilt nicht nur die Diktatur der Unternehmer im Betrieb, sondern die Diktatur des Kapitals im allgemeinen, die gesellschaftliche Arbeitsteilung, jede Form der Hierarchie und der Machtdelegation. Diese lokalen Bewegungen an der Basis nehmen meist revolutionären Charakter an, der sich weder mit lokalen Kämpfen noch mit Verhandlungen begnügt, sondern eine *allgemeine* Bewegung auszulösen sucht; eine Bewegung, die auf Grund ihrer *politischen* Zielrichtung über die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung hinausgeht.

Die „Kulturrevolution“ verschärft somit den Konflikt zwischen Gewerkschaftsorganisation und Arbeiterbasis, aber auch den Konflikt zwischen reformistischen und revolutionären Gewerkschaftsführern. Sie stellt nicht nur die bürokratische und verknöcherte Gewerkschaftsorganisation in Frage, sondern das ganze Konzept der Gewerkschaft als nichtpolitisches Instrument zur Verteidigung der Arbeiter und zur Vermittlung zwischen den Interessen der Arbeiter und des Kapitals.

Der Typ des militanten Arbeiters, den die „Kulturrevolution“ hervorbringt, läßt sich nicht für die Gewerkschaft gewinnen.

Die „Kulturrevolution“ geht also über die Grenzen hinaus, die ihr zu Beginn im Einverständnis zwischen Reformisten und Revolutionären von der Gewerkschaftsführung gesteckt worden waren. Sie produziert nicht eine Gewerkschaft neuen Typs, sondern eine nichtinstitutionelle, nicht zentralisierte Organisation, die von der Basis her aufgebaut wird, sich aus den Bedürfnissen des Kampfes ergibt und nur durch permanente Aktion am Leben bleibt. Sie lebt von der Initiative und Selbstorganisation der Massen, hat weder Verhandlungen noch Parlamentssitze zum Ziel, lehnt jede Form der Machtübertragung ab; alles in allem eine Organisa-

tion, die sich mit der *Kampfbewegung* deckt, deren praktische Forderungen übernimmt und sie ins Politische übersetzt.

Auf die Errichtung einer solchen Organisation zielt im großen und ganzen die Aktion der *gemischten Gruppen aus Studenten und Arbeitern*. Wenn die Aktion dieser „Grüppchen“ oft ausschlaggebend war (in Venetien, in der Toskana, in Neapel, in der Region von Triest), dann deswegen, weil das Bedürfnis nach direkter Demokratie, Selbstverwaltung, Überwindung des Gewerkschaftsdenkens, Projektion des Kampfes über die Fabrik hinaus *von keiner der klassischen Organisationen befriedigt wird*.

Mit wenigen Ausnahmen ist das Ziel dieser „Grüppchen“ nicht (oder nicht mehr) eine extremistische Lizitationsspolitik, die Aufhetzung der Arbeiter zum „Alles-oder-Nichts“, Bei Fiat und anderswo ging es nicht um sofortige Revolution, sondern um Aktionsformen und Aktionsziele, die die Bildung revolutionärer Gruppen in den Betrieben fördern. Den Arbeitern sollte gezeigt werden, daß die Revolution ihre eigene, gegenwärtige Aufgabe ist.

Die revolutionären Forderungen dürfen nicht vorfabrizierten Instrumenten untergeordnet werden. Die „Kulturrevolution“ wendet sich gegen Leute, die außerhalb der Bewegung stehen, alles *an Stelle* der Arbeiter denken und entscheiden, bis sie schließlich *in deren Namen* die Macht übernehmen.

Unter diesem Aspekt ist der Kampf bei Fiat zu werten. Er war weniger durch die unmittelbaren Verbesserungen gerechtfertigt, die er für die Arbeiter gebracht hat, als durch Entwicklung ihrer Fähigkeit zur Selbstorganisation und zu politischem Bewußtsein.

Eine gewerkschaftliche Forderung ist nicht in sich selbst gut oder schlecht, sie ist soviel wert wie die *Aktion*, die zur Erfüllung dieser Forderung notwendig wird. Eine Forderung ist desto besser, je größer die kollektive Souveränität und Macht ist, die die Arbeiter durch den Kampf um diese Forderung erreichen. Deswegen war bei Fiat die Forderung nach *abwählbaren Delegierten* — Quelle ständiger Konflikte mit der Hierarchie der Fabrik und der Gewerkschaft — besonders frucht-

bar; desgleichen die Forderung nach *Rotation der Funktionen*.

Eine *Avantgarde außerhalb der Gewerkschaft* war notwendig angesichts der bürokratischen Verknöcherung der organisierten Arbeiterbewegung. Nur Interventionen von außen her konnten den Kampfgeist der Arbeiter an der Basis wecken. Aber aus dieser faktischen, umstandsbedingten Notwendigkeit läßt sich nicht auf eine prinzipielle Notwendigkeit schließen. Die im Moment notwendige äußere Avantgarde sollte keine permanente Organisation und Institution anstreben. Sie sollte nicht, wie die „prochinesischen“ oder „trozkistischen“ Parteien, als Besitzerin der Wahrheit gerieren, die den Massen die „richtige Linie“ und die „klare Perspektive“ bringt. Sie sollte sich im Gegenteil als eine *offene und provisorische* Gruppe verstehen, die nicht darauf abzielt, eine wachsende Masse von militanten Arbeitern zu rekrutieren, zu organisieren und zu indoktrinieren. Sie sollte ihre eigene Auflösung anstreben zugunsten einer *inneren Avantgarde der Massen*, zu deren Entstehung und Selbstorganisation sie beiträgt, indem sie den autonomen Kampf dieser Massen fördert.

Zentralisation von unten

Sobald die inneren Avantgarden auf lokaler Ebene wachsen, wird dann *neuerlich* eine Avantgarde von außen nötig. Sie entsteht nicht durch die spontane Vereinigung der lokalen Avantgarden, sondern durch die Tatsache, daß die Bewegung eine solche Avantgarde braucht, um voranzukommen. Wenn das Netz der inneren Avantgarde (Basiskomitees, Betriebsgruppen) so gut wie das ganze Land erfaßt, lassen sich die Probleme der Organisation, Synthese, Zentralisierung, Strategie nicht länger umgehen. Hierfür gibt es keine von vornherein feststehenden Lösungen. Zu Beginn geht es darum, die politische Führung des Kampfes von oben abzulehnen, die Massen von der repressiven Bevormundung ihrer „Vertreter“ zu befreien, sich in den Dienst ihrer autonomen Organisation zu stellen. Die später wiederum nötige zentrale politische Führung darf nicht auf der Entscheidung eines Apparates beruhen, sondern muß das Resultat eines politischen Reifeprozesses sein.

Die Weigerung, eine neue Organisation zu gründen, bedeutet nicht, daß Organisationen prinzipiell überflüssig sind. Diese Weigerung bedeutet nur, daß es nicht Aufgabe der *äußeren* Avantgarde ist, eine solche Organisation zu gründen; jede von oben aufgebaute Organisation außerhalb einer Massenkampfbewegung wird sich wiederum bürokratisieren und das alte autoritäre Verhältnis zu den Massen wiederum herstellen.

Gewiß ist ein neuer Typ Organisation erforderlich, der das Problem der Zentralisierung löst. Aber man muß zuerst durch eine Phase der Spontaneität, der Entwicklung von Initiativen und Selbstorganisationen an der Basis. Erst dann wird dies nicht dieselbe Art von Organisation und Zentralisation sein, die während der Phase der Spontaneität abgelehnt wurde.

Was im übrigen nicht heißt, daß man auf diese Weise *für immer* bürokratische Entartungen vermeiden kann. Wenn sie auftreten, müssen sie wiederum im Schmelztiegel neuer „Kulturrevolutionen“ gereinigt werden.

André Gorz, gebürtiger Wiener, Redakteur der Pariser Wochenzeitung „Nouvel Observateur“, gehört zu den theoretischen Häuptionern der neuen Linken in Frankreich. Auf deutsch liegen von ihm vor: „Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus“ und „Der schwierige Sozialismus“ (beide in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt 1967). Im FORVM schrieb er: Michel Bosquet (Pseud.), „Bologneser Frühling. Zum Parteitag der KPI“, März 1969.

André Gorz: Geboren 1923 in Wien, verbrachte die Kriegsjahre in der Schweiz und ließ sich nach Kriegsende in Paris nieder. Arbeit mit Jean-Paul Sartre an dessen Zeitschrift *Les Temps modernes*, später als Redakteur bei *L'Express* und *Le Nouvel Observateur*. Seine Schriften wie „Abschied vom Proletariat“ (1980) und „Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit“ (1984) wurden Schlüsseltexte für ökologische Linke.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei
der Autorin des Artikels